

Kantonale Gesamtplanung gefordert

LDP stellt Ideen und Forderungen zum Thema Wohnen und Arbeiten vor

Von Tomasz Sikora

Basel. Das Wetter am gestrigen Vormittag in Basel spiegelte die Zufriedenheit der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) Basel-Stadt mit der Raumplanung des Kantons passend wider: Beide waren mässig.

Aus diesem Grund präsentierte Grossrätin und Präsidentin der LPD Basel-Stadt, Patricia von Falkenstein, zusammen mit ihren Parteikollegen Raoul Furlano, Michael Hug und Jeremy Stephenson an einer Medienorientierung Ideen und Forderungen der Liberal-Demokratischen Partei Basel-Stadt zu städtischem Wohnen und Arbeiten. Insbesondere die aktuelle Debatte um das Lysbüchel-Areal zeige Planungsmängel der Regierung exemplarisch auf, so von Falkenstein. Nachdem der Grosse Rat kürzlich entschieden hatte, dass auf dem Lysbüchel-Areal, dessen Zukunft der Kanton mit den SBB zusammen plant, eine Mischung zwischen Gewerbe und Wohnen entstehen soll, ergriffen FDP, SVP und die IG Lysbüchel das Referendum.

Das Argument der Kritiker: Von den wenigen verbliebenen Wirtschaftsarealen in der Stadt eigne sich das Lysbüchel besonders gut für geruchs- und lärmemissionsstarke Gewerbe- und Industriebetriebe.

«Das Beispiel zeigt, dass eine Gesamtplanung für den ganzen Kanton notwendig ist», so von Falkenstein. Nur so könnten Zielkonflikte vermieden werden, betonte die LDP-Präsidentin.

Auch, dass nicht klar sei, was eigentlich Stadt- und Kantonsentwickler Lukas Ott mache, wieso er beim Präsidialdepartement von Regierungsrätin Elisabeth Ackermann (Grüne) angesiedelt sei, sorgte für Kritik. «Da gibt es Doppelspurigkeiten», sagt von Falkenstein.

Planungssicherheit notwendig

Auch LDP-Grossrat Jeremy Stephenson stört sich daran, dass es zwar einzelne Teilpläne aber keine Gesamtplanung gibt. «Insbesondere für Investoren, die dringend auf eine verbindliche Planung angewiesen sind, ist das ein Problem», sagte Stephenson.

«Regierungsrat Hans-Peter Wessels (SP) verweist darauf, dass es einen Richtplan gibt», sagte Stephenson. Dieser sei aber viel zu schwammig. «Im Titel ist davon die Rede, dass das Lysbüchel vornehmlich dem Gewerbe zur Verfügung stehen soll. Heraus kam aber eine gleiche Verteilung zwischen Wohnen und Gewerbe.»

Ferner gab Stephenson zu bedenken, dass nicht nur der Wohnraum geplant werden müsse, sondern auch die damit verbundene notwendige Infrastruktur wie Schulen und öffentlicher Verkehr. «Häuser können von Privaten gebaut werden, Tramhaltestellen und Schulen nicht», ergänzte er.

Lokale «Brainpower»

LDP-Vizepräsident Michael Hug betonte, dass es wegen der renommierten Architektur- und Planungsbüros und der ausgezeichneten Forschungs-

möglichkeiten der Fachhochschule Nordwestschweiz und der Uni Basel im Bereich Städteplanung nicht nachvollziehbar sei, weshalb der Regierungsrat und das BVD das vorhandene städtebauliche Wissen nicht nutzten.

Auch über Artikel 55 der Kantonsverfassung, der betroffenen Anwohnern bei Veränderungen im Quartier eine Mitsprache ermöglichen soll und dessen Umsetzung immer wieder zu Kontroversen führt (die *BaZ* berichtete), wird kritisiert.

Die Betroffenen «spüren»

Dazu Präsidentin von Falkenstein: «Wenn das BVD keine Mitwirkung will, argumentiert es, dass Normen und Gesetze keinen Spielraum lassen.» Auch LDP-Grossrat Raoul Furlano kritisiert den Umgang des Kantons mit der Mitwirkung. Er habe es selbst erlebt, dass das BVD von erfolgreichen Mitwirkungen gesprochen habe, obwohl nur drei Leute an einer Infoveranstaltung teilgenommen hätten. Ziel müsse es doch sein, dass die Behörden die Betroffenen wirklich «spüren», so Raoul Furlano.

Angesichts der Tatsache, dass die Stimmbevölkerung erst vor Kurzem die Wohn-Initiative in allen vier Punkten angenommen hat, erstaunt das Vorpreschen der LDP. Hat sie das Thema etwa verschlafen? Raoul Furlano lässt diesen Vorwurf so nicht gelten. «Wenn wir das Thema verschlafen haben, dann auch die Regierung», und er ergänzt: «Jetzt sind wir aber hellwach.»